

Bundeskanzleramt  
**z.H. Hr. Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc**  
Ballhausplatz 2  
1010 Wien

**Handelsverband Österreich  
Austrian Retail Association**  
Alser Straße 45  
1080 Wien  
office@handelsverband.at  
Ing. Mag. Rainer Will  
T +43 (1) 406 22 36 75  
E rainer.will@handelsverband.at

Wien, 02. Mai 2022

**Betrifft: Lebensmittelversorgungsgipfel & Empfehlungen des österreichischen Lebensmitteleinzelhandels**

**Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Nehammer, MSc,  
sehr geehrter Herr Vizekanzler Mag. Kogler,  
sehr geehrte Frau Landwirtschaftsministerin Köstinger,  
sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Brunner,**

der Handelsverband und seine Mitglieder aus der kritischen Infrastruktur Lebensmittelhandel danken Ihnen für die Einladung zum **Lebensmittelversorgungsgipfel am 3. Mai**.

Eingangs möchten wir festhalten, dass die **flächendeckende Versorgung der österreichischen Bevölkerung weiterhin vollumfänglich sichergestellt** ist. Dies ist insbesondere der regionalen Beschaffung und der Wertschöpfung in Österreich zu verdanken. Bei ausgewählten Produkten verzeichnen zwar manche Händler eine angespannte Situation, die jedoch nicht als kritisch zu betrachten ist, da es genügend Ausweichprodukte gibt.

Aber: Die **Corona-Krise** und der **Ukraine-Krieg** befeuern die **Inflation**, deren Treiber die Rohöl- und Gaspreise sind. Heizen und Tanken ist in Europa so teuer wie nie zuvor. Im April ist die Inflationsrate laut Statistik Austria auf 7,2% angestiegen und hat damit das höchste Niveau der letzten 40 Jahre erreicht. Die Großhandelspreise sind bereits im März mit +25,6% regelrecht explodiert und gelten als Frühindikator für weitere Preisentwicklungen bei den Verbraucherpreisen. Denn klar ist: Solche Kostentreiber können vom Handel nicht dauerhaft "nur" zu einem Drittel an die Konsument:innen weitergegeben werden. Die **Kaufkraft der Bevölkerung schmilzt bereits rapide**. 53% der Österreicher:innen müssen ihre Konsumausgaben deutlich einschränken, 14% können sich nur noch lebensnotwendige Güter leisten.

**Daraus resultieren gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, die rasche Maßnahmen erfordern, um mehr Krisenfestigkeit zu erreichen. Der österreichische Lebensmitteleinzelhandel empfiehlt hierfür folgende Maßnahmen:**

**Mitarbeiter:innen entlasten – Maskenpflicht abschaffen und Kinderbetreuung verbessern**

• **Sofortige Aufhebung der Maskenpflicht für alle Beschäftigten im Handel**

In Zeiten fallender Corona-Fallzahlen und steigender Temperaturen ist die Aufrechterhaltung der Maskenpflicht im "lebensnotwendigen Handel" nicht mehr akzeptabel. Diese Diskriminierung führt mittlerweile zu einer Gefährdung der Versorgungssicherheit in den Filialen, da immer mehr Mitarbeiter:innen kündigen. Mehr als 22.000 Menschen haben die Handelsverband-Petition "Held:innen der Krise entlasten" bereits unterzeichnet. Bitte setzen auch Sie sich innerhalb der Koalition für die sofortige Abschaffung der Maskenpflicht ein.

• **Rascher Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen**

Gerade in ländlichen Regionen ist das Angebot an Kinderbetreuungsstätten viel zu dünn und die Öffnungszeiten zu eingeschränkt, um Handelsmitarbeitende mit Betreuungspflichten zu entlasten. Wir fordern daher eine flächendeckende, garantierte Kinderbetreuung von Montag bis Samstag in ganz Österreich.

## **Konsument:innen entlasten – Anti-Teuerungs-Maßnahmen umsetzen**

- **Lohn- & Einkommensteuerstufen anheben, um Geringverdiener:innen zu entlasten**

Der Handelsverband empfiehlt der Bundesregierung, strukturelle Maßnahmen zu setzen, um die Kaufkraft der Bevölkerung abzusichern. Das begrüßenswerte 4 Milliarden Euro Energiepaket muss um ein Entlastungspaket für Arbeitnehmer:innen ergänzt werden. Sinnvoll wäre insbesondere eine Anhebung der unteren beiden Lohn- und Einkommensteuerstufen (z.B. von 11.000 € auf 16.000 € sowie von 18.000 € auf 22.000 €), damit einkommensschwächere Menschen gezielt entlastet werden.

- **Staatliche Mehreinnahmen bei Energiekosten weitergeben**

Es muss bei der Ursache und damit bei den Hauptpreistreibern angesetzt werden, nämlich den Energiepreisen. Hier verzeichnet der Staat aktuell massive Mehreinnahmen, die der Bevölkerung und den Betrieben durch eine temporäre Reduzierung der Abgaben und Steuern (z.B. Mehrwertsteuer-Senkung auf Energie) zurückgegeben werden sollten. Beispielsweise entfallen rund zwei Drittel der Stromkosten auf Steuern, Abgaben und Tarife. Damit wäre belasteten Menschen und Unternehmen besonders schnell geholfen. Klar ist nämlich auch, dass die bereits spürbare Teuerung bis dato nicht das Vollaussmaß darstellt, da viele Energiekostenabrechnungen der Haushalte erst bevorstehen und die Endkundenpreise im Verhältnis zu den Großhandelspreisanstiegen noch moderat ausgefallen sind.

- **Bestes Mittel gegen negative Inflationsfolgen sind Jobs**

Es steht außer Frage, dass das beste Mittel gegen die negativen Folgen der Inflation Jobs sind. Die hohe Zahl an offenen Stellen, die nicht zeitnah besetzt werden können, ist ein Beleg für den akuten Personalmangel in der Wirtschaft. Tausende Betriebe suchen zurzeit händeringend nach Mitarbeiter:innen, die auch dauerhaft im Erwerbsprozess bleiben. Hier sind aktive Schritte der Politik erforderlich, insbesondere eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten, damit die Leistbarkeit der Einstellung von Beschäftigten für Unternehmen verbessert wird und damit deren Krisenfestigkeit. Denn wenn man wegen Personalmangel und zu hohen Kosten nur auf eine dünne Personaldecke zurückgreifen kann, dann macht das Firmen angreifbar.

Wir ersuchen Sie, diese Punkte zur Diskussion beim morgigen Versorgungsgipfel aufzunehmen und verbleiben mit besten Grüßen,

**Handelsverband Österreich**  
**Austrian Retail Association**